

In wenigen Tagen wählt Österreich. Der Ausgang dieser Wahl wird darüber entscheiden, wer in Österreich die kommenden Jahre regieren wird. Und das wiederum wird großen Einfluss auf die AUVA haben. Wir haben daher schon vor einiger Zeit eine Reihe von Fragen an die Parteien gerichtet und um Darstellung ihrer Positionen zum Thema Sozialversicherung im Allgemeinen und zur AUVA im Besonderen gebeten. Mit Ausnahme der FPÖ haben alle Parteien geantwortet.

Im Folgenden möchten wir nochmals „Die Highlights“ aus diesen Antworten in komprimierter Form wiedergeben:

## Wie stehen Sie zu einer weiteren Senkung des Beitrags der Arbeitgeber/innen zur Unfallversicherung

Die **ÖVP** verweist darauf, dass Unfälle am Arbeitsplatz immer seltener werden, weil sich die Arbeitswelt verändert und immer sicherer wird. Sie bezieht sich dabei auf die Vergleichszahlen aus den 80er und 90er Jahren. Dies führt aus Sicht der Volkspartei dazu, dass immer mehr Mittel in der Unfallversicherung frei werden. **Diese Mittel möchte die ÖVP in Zukunft dafür einsetzen, um die steigenden Kosten der Pflege zu decken.**

Die **SPÖ** vertritt die Meinung, dass eine weitere Beitragssenkung die finanzielle Leistungsfähigkeit der AUVA gefährden würde und **lehnt eine solche strikt ab.**

**NEOS** ist der Meinung, dass die AUVA keine neuen Aufgaben bekommen sollte, sondern stattdessen eine **Senkung der Beiträge von 1,2 Prozent auf 0,8 Prozent erfolgen sollte.** Dies wäre nach Meinung der NEOS auch ein Anreiz dafür, dass sich die AUVA auf ihre Kernkompetenzen konzentriert und Einsparungspotenziale in der Verwaltung nutzt.

**JETZT lehnt jede weitere Senkung des Beitrags der Arbeitgeber/innen zur Unfallversicherung ab** und vertritt die Meinung, dass die im letzten Regierungsprogramm angepeilte Senkung der Beiträge auf 0,8 Prozent zu Gunsten der Wirtschaft umgehend bedeutet hätte, dass Leistungen für die betroffenen Patienten/innen heruntergefahren worden wären.

Die **KPÖ lehnt eine Senkung ab** und vertritt die Meinung, dass Sozialversicherungsbeiträge Lohnbestandteile sind. Die KPÖ ist der Meinung, dass jede Beitragsreduktion den Leistungsumfang der AUVA zu reduzieren heißt.

Die **GRÜNEN** sprechen sich dafür aus, die **Unfallversicherung nicht zu schwächen, sondern zu modernisieren.** Sie sind der Meinung, dass die Beitragseinnahmen gebraucht werden, um die gesundheitlichen Folgen der Dienstleistungsgesellschaft aufzufangen, wozu unter anderem die stark steigende Zahl psychischer Erkrankungen, beruflich bedingte Krebserkrankungen und Augenerkrankungen gehören würden. Die GRÜNEN wollen keine Absenkung des Beitrags zur Unfallversicherung, sondern einen Ausbau der Leistungen.

Der **WANDEL** tritt für eine **allgemeine Lohnnebenkostensenkung** ein, zumal die Sozialversicherungsabgaben insbesondere für kleine bis mittlere Einkommen entscheidend sind. Dies soll nach Meinung des WANDELS jedoch nicht zu einer Verschlechterung der budgetären Ausstattung der AUVA führen: der WANDEL tritt für eine verstärkte Besteuerung von (internationalen) Konzernen und Vermögen ein und möchte, dass die Mittel aus diesen bisher vernachlässigten Steuerquellen je nach Bedarf dann auch der Sozialversicherung zu Gute kommen.

Werden Sie für die Erhaltung des Gesamtsystems der AUVA aus Prävention, Unfallheilbehandlung, Rehabilitation, Entschädigung und Haftpflichtversicherung eintreten, oder planen Sie eine Aufteilung der Geschäftsbereiche und wer sollte in weiterer Folge für diese zuständig sein?

Die **ÖVP** betont das Ziel, eine leistungsfähige, moderne und bürgernahe Sozialversicherung zu gewährleisten und hält in diesem Zusammenhang vor allem das Prinzip „gleiche Beiträge, gleiche Leistungen“ für wichtig. **Die ÖVP ist der Meinung, dass die (durch die ÖVP/FPÖ) auf den Weg gebrachte Reform der Sozialversicherungsträger dies sicherstellt.** Dennoch ist die ÖVP der Ansicht, dass sich das bestehende System immer weiterentwickeln und dadurch besser werden kann. **Jedenfalls ist im Gesetz nach wie vor vorgesehen, dass die AUVA u.a. weiter für Prävention und Unfallverhütung im Rahmen von „AUVA sicher“ zuständig ist.**

Die **SPÖ** betont, **zu den Aufgaben und Leistungen der AUVA zu stehen** und unterstreicht, dass dies in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass Arbeitnehmer/innen sicherer und gesünder ihre Arbeit verrichten konnten.

**NEOS** fordern sinnvolle Neuaufteilung der Aufgaben der AUVA. **Die Bereiche Prävention, Krankenbehandlung, Unfallrenten und UKHs sollen künftig auf das Arbeitsinspektorat, Krankenversicherung, Pensionsversicherung und Länder aufgeteilt werden.** NEOS ist der Ansicht, dass bei diesen Körperschaften die jeweilige Kompetenz für diese Leistungen liegt **In einem weiteren Schritt spricht sich NEOS für Unfallversicherungspflicht** statt einer Pflichtversicherung aus. Unternehmen sollen in Abstimmung mit der Belegschaft ihre Unfallversicherung selbst aussuchen können. NEOS ist der Meinung, dass Wettbewerb in der Regel zu Innovation und effizientem Mitteleinsatz führt.

**JETZT** steht **Plänen zur Aufteilung der Geschäftsbereiche der AUVA kritisch gegenüber**, da dies zu einem Nullsummenspiel führen würde und andere Träger einspringen müssten.

Die **KPÖ** verfolgt das Motto **„Hände weg von der AUVA“** und möchte die Maßnahmen der ÖVP/FPÖ Regierung rückgängig machen.

Die **GRÜNEN** wollen, dass die AUVA als Kompetenzzentrum für arbeitsbedingte Erkrankungen, ihre Verhinderung durch Vorbeugung und die Bewältigung der Folgen bestehen bleibt. Sie sind der Meinung, dass Zerreißen der verschiedenen Funktionen der AUVA den Schutz der arbeitenden Menschen schwächt.

Der **WANDEL** hat dazu keine Stellungnahme abgegeben

Können Sie eine Privatisierung von medizinischen Einrichtungen der AUVA (Unfallkrankenhäuser und/oder Rehabilitationszentren) oder der Prävention ausschließen?

**Mit Ausnahme der FPÖ**, die eben auf keine Frage geantwortet hat **schließen alle Parteien eine solche Privatisierung aus.**

## Wie stehen Sie zum Kollektivvertrag der Sozialversicherungsträger

Die **ÖVP** sieht den Vorteil des Kollektivvertrages der Sozialversicherungsträger darin, dass er sowohl eine Mindestnorm, als auch eine Höchstnorm ist. Dies sichert aus Sicht der ÖVP den sorgsamsten Umgang mit Versichertengeldern und ein einheitliches Niveau zwischen den Trägern. Die ÖVP geht davon aus, dass die Kollektivvertragsparteien am besten wissen, was ihre Branche benötigt.

Die **SPÖ** hält Kollektivverträge generell für ein sinnvolles Instrument um Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen abzustimmen.

**NEOS** befürworten **einen Kollektivvertrag für sämtliche SV-Mitarbeiter/innen weil dadurch viele SV-Pensionsprivilegien fallen würden** und alle Arbeitnehmerinnen dieselben Pensionsvoraussetzungen vorfinden.

**JETZT** hält aufgrund der stattgefundenen SV-Strukturreform unter Schwarz/Blau die **Verankerung von Wahrungs- bzw. Schutzbestimmungen für Beschäftigte in den KVs für essentiell.**

Für die **KPÖ** gilt es als selbstverständlich, dass wie für jede andere Berufsgruppe der unselbstständig Beschäftigten auch der Kollektivvertrag der Beschäftigten der Sozialversicherungsträger selbstverständlich weiter gelten muss.

Die **GRÜNEN** betonen, **dass Kollektivverträge Angelegenheiten der Sozialpartner/innen sind, in die sich die Politik nicht einzumischen hat** (sofern Mindeststandards eingehalten werden). Für die GRÜNEN ist die Kritik an den Dienstordnungen der Sozialversicherung nicht nachvollziehbar.

Der **WANDEL** tritt für einen gesetzlichen Mindestlohn von 2.000 Euro netto sowie für eine maximale Lohnspreizung von eins zu fünf ein. Die bestbezahlten Mitarbeiter/innen aller Betriebe / Organisationen sollten maximal das Fünffache des Mindestlohnes verdienen. Denn Vollzeitarbeit sollte immer ein gutes Leben ermöglichen.

## Bekennen Sie sich zum Prinzip der Pflichtversicherung, oder ist für Sie eine vollständige oder teilweise Umstellung auf ein Versicherungspflicht-System vorstellbar oder sogar wünschenswert?

Alle Parteien **mit Ausnahme der NEOS bekennen sich zur Pflichtversicherung.** Die **NEOS halten eine Versicherungspflicht als absolut begrüßenswert.** Sie sind der Meinung, dass die "freie Kassenwahl" die Versorgungsinnovation und den effizienten Mitteleinsatz fördert.

## Inwieweit sind für Sie die Prävention und auch die Bezahlung der Behandlung und Rehabilitation von arbeitsbedingten Erkrankungen Aufgaben der AUVA?

Die **ÖVP** vertritt die Ansicht, dass bestehende Systeme immer weiterentwickelt und dadurch besser werden können. **Jedenfalls ist im Gesetz nach wie vor vorgesehen, dass die AUVA u.a. weiter für Prävention und Unfallverhütung im Rahmen von „AUVA sicher“ zuständig ist.** Zur Frage der arbeitsbedingten Erkrankungen nimmt die ÖVP nicht explizit Stellung.

Für die **SPÖ** ist die **Ausdehnung der Aufgaben der AUVA auf arbeitsbedingte Erkrankungen eine zeitgemäße Notwendigkeit**. Anstatt Beiträge zu kürzen, sollten mehr finanzielle Mittel für diese Aufgaben bereitgestellt werden.

**NEOS** sprechen sich für eine bessere Koordination der verschiedenen Bereiche aus. **NEOS sind nicht davon überzeugt, dass alle Bereiche in der AUVA angesiedelt sein müssen**.

**JETZT** sieht Prävention, arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung als Kernaufgaben der AUVA. Darüber hinaus weist JETZT auf die wichtige Rolle der Rehabilitation in den Rehabilitationszentren der AUVA hin. Auf die Frage der arbeitsbedingten Erkrankungen geht JETZT nicht explizit ein.

Die **KPÖ** betont, dass Prävention die Gefahr von Unfällen vermindert und damit auch Ausgaben für Rehabilitation reduziert. Die KPÖ spricht sich für die Zuständigkeit der AUVA für Prävention und Rehabilitation von berufsbedingten Erkrankungen aus.

Die **GRÜNEN** halten es für sinnvoll, die AUVA als Kompetenzzentrum für arbeitsbedingte Erkrankungen, ihre Verhinderung durch Vorbeugung und die Bewältigung der Folgen zu sehen.

Der **WANDEL** hält es für sinnvoll, dass die AUVA die vollen Kosten von Arbeitsunfällen (Prävention, Behandlung Rehabilitation) trägt, um die richtigen Anreize für Unternehmen zu setzen.

Werden Sie für eine zeitgemäße Erweiterung der Berufskrankheiten-Liste eintreten?

Neben der **FPÖ**, die auf keine Frage geantwortet hat, geben auch **ÖVP** und **NEOS** dazu keine Antwort. Alle anderen Parteien treten für eine zeitgemäße Erweiterung der Berufskrankheitenliste ein.

Werden Sie für eine umfassendere Anerkennung arbeitsbedingter Krebserkrankungen als Berufskrankheit eintreten?

Neben der **FPÖ**, die auf keine Frage geantwortet hat, geben auch **ÖVP** und **NEOS** dazu keine Antwort. Alle anderen Parteien treten für eine umfassendere Anerkennung arbeitsbedingter Krebserkrankungen als Berufskrankheit ein.

Könnten Sie sich vorstellen, die Abtretung von Versichertengruppen (Selbständig Erwerbstätige, Bedienstete im Bergbau) von der AUVA an andere Versicherungsträger rückgängig zu machen?

**NEOS**, **WANDEL** und **FPÖ** (die auf keine Frage geantwortet hat) geben auf diese Frage keine Antwort. Die **ÖVP** verneint die Frage, die **SPÖ** bejaht sie.

Wie stehen Sie zur Idee, Mittel der AUVA zur Finanzierung der Pflege in Österreich einzusetzen? Sollten Sie sich dafür aussprechen: in welchem Ausmaß soll sich der Beitrag der AUVA gestalten und wie ist dies aus Ihrer Sicht mit der Aufrechterhaltung der sonstigen Aufgaben der AUVA vereinbar?

Die **ÖVP** ist der Ansicht, dass durch Rückgang der Arbeitsunfälle Mittel bei der AUVA freigeworden sind und möchte diese in Zukunft zur Finanzierung der Pflege verwenden. Sie sieht den Unfallversicherungsbeitrag als Teil der Lohnnebenkosten, wodurch es infolge steigender Löhne zu einem höheren Beitragsaufkommen kommt. Dieses soll **in Zukunft für die Finanzierung der Pflege zur Verfügung stehen. Darüber hinaus soll es auch eine Abgangsdeckung durch das Budget geben.**

Eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote solle es nicht geben, sondern es soll zu einer Bündelung und Neuorganisation der bestehenden Mittel aus Steuern und Abgaben kommen.

Die **SPÖ** lehnt die Finanzierung der Pflege über Versicherungsbeiträge grundsätzlich ab und sieht den Aufgabenbereich Pflege als nicht in die AUVA passend an.

**NEOS** sind gegen eine Pflegeversicherung in der Unfallversicherung, sondern sprechen sich **stattdessen für Beitragssenkungen** aus.

**JETZT** tritt für eine steuerfinanzierte Pflege ein. Zur Finanzierung sollen jene beitragen, die über ein leistungsloses Einkommen verfügen. Daher tritt JETZT für eine Erbschaftssteuer ein, deren Ertrag über den Pflegefonds ausschließlich für die Finanzierung der Pflege verwendet werden soll.

Die **KPÖ** tritt ebenfalls für eine Finanzierung der Pflege aus öffentlichen Mitteln ein, die aus Erbschafts- und Vermögenssteuern sowie aus höherer Besteuerung von Profiten insbesondere der Pharmaindustrie gegenfinanziert werden sollen.

Für die **GRÜNEN** ist die **Idee, die Pflege bei der AUVA anzusiedeln absurd**: sie sehen damit weder eine qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung sichergestellt noch die Notwendigkeiten einer modernen Dienstleistungsgesellschaft berücksichtigt. Die GRÜNEN sind der Ansicht, dass sich die Aufgaben der Unfallversicherung nicht verringern, sondern sich nur auf neue Gesundheitsfelder verlagern sollten. Sie verweisen auf die Zunahme beruflich bedingter Erkrankungen wie etwa psychische Erkrankungen, Krebs, Augenerkrankungen. Das gesetzliche Tätigkeitsfeld der AUVA soll auf alle Erscheinungen berufsbedingter Erkrankungen ausgeweitet werden, was sich nicht mit einer Umwidmung des Unfallversicherungsbeitrags für die Pflege vereinbaren lässt.

Für den **WANDEL** gehört Pflege nicht in den Bereich der AUVA, da das Risiko, auf Langzeitpflege angewiesen zu sein, kein Arbeitsrisiko darstellt. Daher ist der WANDEL dagegen, die erwarteten hohen Kosten der Pflege allein durch Lohnnebenkosten zu finanzieren. Eine nachhaltige Finanzierung der Pflege sollte hingegen aus allgemeinen Steuermitteln, insbesondere Mitteln aus einer reformierten und fairen Erbschaftssteuer, sowie aus Konzernsteuern erfolgen.